

Militärreform in der Ukraine: Eine immense Herausforderung

Von Walerij Akimenko

Artikel, 22. Februar 2018

Diese Veröffentlichung ist Teil des Projekts [Reforming Ukraine](#) der Stiftung Carnegie Endowment for International Peace und wurde vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, ZOiS, und den Open Society Foundations unterstützt.

Die Ukraine hat unter dem Druck des Konfliktes im Osten eine umfassende Reform ihrer Streitkräfte auf den Weg gebracht. Die kampferprobten Einheiten, die heute im Donbass kämpfen, haben kaum noch Ähnlichkeit mit der Armee, die zu Beginn des Krieges 2014 schwere Verluste durch die von Russland unterstützten Separatisten hinnehmen musste. Die ukrainische Armee ist mit 200.000 aktiven Soldaten größer und besser ausgerüstet als jemals zuvor.¹ Das [Militärbudget](#) soll 2018 um mehr als ein Viertel erhöht werden. Genauso wichtig ist, dass sich die Stimmung der Truppe erheblich verbessert hat.

Die ukrainische Regierung hat sich zu tiefgreifenden Strukturreformen verpflichtet, um sicherzustellen, dass ihre Streitkräfte bis 2020 die NATO-Standards erfüllen; dies ist ein entscheidender Schritt zum angestrebten [NATO-Beitritt](#). Allerdings glaubt so gut wie niemand daran, dass die Ukraine diese Frist einhalten kann. Zu groß sind die Probleme durch die politischen Spannungen im Inneren und die Schwäche der staatlichen Strukturen: zu wenig Koordinierung zwischen den Institutionen; zu wenig zivile und parlamentarische Überwachung der Streitkräfte; Mängel bei der Integration von Freiwilligen in die reguläre Armee; Übergriffe und Missbräuche im Konfliktgebiet, die nicht bestraft werden; und systematische Korruption und mangelnde Transparenz bei der Verwendung von Geldern, insbesondere beim staatlichen ukrainischen Rüstungsmonopolisten Ukroboronprom.

Die Militärreform wird zum größten Teil von westlichen Regierungen finanziert. Theoretisch sollte ihnen das die Möglichkeit geben, Druck auf Kiew auszuüben. In der Praxis allerdings genießt die Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriff gegenüber der strengen Konditionalität vermutlich Vorrang. Wie sich die westlichen Geldgeber sich in dieser Lage verhalten, wird für den Erfolg der ukrainischen Streitkräftereform und die Verbesserung der nationalen Sicherheit ausschlaggebend sein.

EINE NEUE ARMEE

In kürzester Zeit hat sich die ukrainische Armee von einer erschöpften, vernachlässigten und unterfinanzierten Truppe in eine Armee verwandelt, die die von Russland unterstützte, bewaffnete Rebellion im Osten der Ukraine eingedämmt halten kann. Die Transformation war schmerzhaft und es bleibt noch enorm viel zu tun, um das ukrainische Militär zu erneuern, aber die Fortschritte seit 2014 sind bemerkenswert.

Durch den Euromaidan-Aufstand von 2013-2014, der die Herrschaft des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukovytsch beendete, erbten die neuen Machthaber in Kiew eine Armee in armseligem Zustand. Eine Schlagzeile von 2012 fasst die übereinstimmende Meinung über Janukovytschs Pläne für [radikale Kürzungen der Militärausgaben](#) zusammen: „Die ukrainische Armeereform [entspricht] einer Kapitulation vor Russland.“

2014 beschrieb [Generalstabschef Wiktor Muschenko](#) die Situation folgendermaßen: „Die Armee war buchstäblich ruiniert, russische Generäle standen als Oberbefehlshaber an der Spitze der [ukrainischen] Streitkräfte und Sicherheitsdienste, totale Demoralisation [in den Streitkräften] - das waren im Grunde die Bedingungen, unter denen die Ukraine den russischen Angriff abwehren musste“. Wie miserabel die Lage war, bestätigte sich, als 70 Prozent der ukrainischen Streitkräfte auf der Krim nach der russischen Annexion der Halbinsel Moskau den Treueid leisteten.

Die Probleme reichen bis in die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit 1991 zurück. Muschenko argumentierte, dass die ukrainische Armee von keinem Präsidenten und keiner Regierung mehr als nur die Hälfte der mindestens erforderlichen Finanzmittel erhalten habe, was „faktisch zum Verlust der Kampfbereitschaft der Streitkräfte geführt hat“. [75 Prozent der](#) von den Streitkräften verwendeten Ausrüstung sei mehr als zwanzig Jahre alt und technologisch und vom Material her vollkommen veraltet gewesen sei.

Nach der raschen Besetzung der Krim durch Russland eskalierten im Frühjahr 2014 die Kampfhandlungen in der Ostukraine nach und nach. Die Anzahl an gut ausgebildeten Berufssoldaten, über die die Ukraine verfügen konnte, war erschreckend klein. Immerhin konnte die Regierung in Kiew etwas Zeit gewinnen, um sich auf die Lage einzustellen. Der erste Waffenstillstand, der im September 2014 in Minsk ausgehandelt wurde, verschaffte ihre eine Atempause, um zusätzliches Personal für die Streitkräfte und die Nationalgarde der Ukraine

anzuwerben. Schon 2014 fand eine partielle Mobilisierung in drei Wellen statt; drei weitere folgten bis August 2015. Insgesamt wurden mehr als [100.000 Personen mobilisiert](#). Die Wehrpflicht wurde mit einer Mindestdauer von achtzehn Monaten wieder eingeführt.

In dem Konflikt haben die Zivilgesellschaft und das Militär der Ukraine schwere Verluste erlitten. Internationalen Schätzungen zufolge betrug die Zahl der Todesopfer bis 2017 auf über 10.000. Nach offiziellen Angaben des Generalstabs verzeichnete das ukrainische Militärs 2.333 Todesopfer und 8.377 Verletzte. Andere Quellen nennen [wesentlich höhere Zahlen](#).

Für die Soldaten zielt die Militärreform auf eine Professionalisierung der Streitkräfte, auf die Aufstellung neuer Einheiten, die Stärkung der Kampffähigkeit der bestehenden Einheiten und den Ausbau der Reserveeinheiten. Dies ist Teil des allgemeinen Plans der Ukraine, ihr Militärmanagement bis 2020 an das Modell der NATO anzunähern. Das beinhaltet u.a. [eine Strukturreform des Generalstabs](#) in Übereinstimmung mit der J-Struktur der NATO für gemeinsame Stäbe.

Es bestehe „überhaupt keine Chance“, diese Frist einzuhalten, sagte der Militärexperte Oleksandre Daniljuk. „Weder die Ukraine noch unsere westlichen Partner haben eine ganzheitliche Vision für die Reformbemühungen und (das ist die logische Konsequenz) ihre Umsetzung,“ sagte er.² Oberst Iwan Jakubets, ehemaliger Oberbefehlshaber der ukrainischen Luftlandetruppen, zweifelt an der Fähigkeit der derzeitigen Kommandeure, die nötigen Reformen umzusetzen. Schließlich seien die meisten von [für den Verfall der Streitkräfte der Ukraine](#) bis 2014 mitverantwortlich.

Auch ohne Berücksichtigung der politischen Dimension stehen die ukrainischen Streitkräfte vor einer großen Herausforderung, wenn sie das schnelle Wachstum bewältigen und die Koordinierung leisten sollen, die für die Transformation nötig sind. Anfang 2015 beschloss der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, eine Aufstockung der Obergrenze der Streitkräfte von 184.000 auf 250.000. Schätzungen zufolge dienten in der Ukraine im Jahr 2016 mehr als [200.000 aktive Militärs](#), darunter 145.000 im Heer, 45.000 in der Luftwaffe, 8.000 in den Kommando Spezialkräften und 6.000 in der Marine.

Zur Armee gehört auch die Nationalgarde, die 2014 aus Einheiten des Innenministeriums gegründet wurde. Obwohl sie als paramilitärische Truppe eingestuft wird, ist die Nationalgarde tatsächlich Teil der ukrainischen Armee. Sie hat ebenfalls im Osten des Landes gekämpft und ist mit Panzerfahrzeugen, Artillerie, Panzerabwehr und Luftabwehrsystemen ausgestattet. Nach Schätzungen zählt sie über [50.000 Soldaten](#).

Als der Konflikt eskalierte, wurde die Entscheidung getroffen, Reserveeinheiten für den Fall einer großflächigen militärischen Invasion aufzubauen. Inzwischen verfügt das Land über ein gestaffeltes System militärischer Reserveeinheiten mit [schätzungsweise 900.000 Reservisten](#), die „in den

[vergangenen] fünf Jahren gedient haben“. Der Generalstab versucht, aus dieser Gruppe heraus [Offiziere zu rekrutieren](#), um den Mangel an Führungskräften zu beheben.

Die Zusammenarbeit dieser alten und neuen Militäreinheiten ist Berichten zufolge ausgesprochen mangelhaft. Als die ukrainische Regierung 2014 in der Ostukraine das startete, was sie als „Antiterror-Operation“ bezeichnete, gab es zahlreiche Berichte über den „[Mangel an Koordination und Vernetzung der Kommando-Strukturen](#)“. Dies sei eines der Hauptprobleme dieser Militäroperation gewesen. Auch wird noch immer von Misstrauen zwischen den Fronteinheiten und dem Oberkommando berichtet, einem Problem, dass durch den allgemeinen Mangel an kompetenten Offizieren noch verstärkt wird. Was dringend geschehen muss, ist die Funktionsweise des Gemeinsamen Einsatzhauptquartiers als der Schnittstelle für gemeinsame Operationen zu verbessern.

DER UMGANG MIT FREIWILLIGEN

Bei Ausbruch des Kriegs 2014 konnten die ukrainischen Streitkräfte die verheerende Situation nur mithilfe von freiwilligen Kämpfern bewältigen. Doch obwohl man sich um die Eingliederung dieser Freiwilligen in die reguläre Armee aktiv bemüht hat, bleibt die vollständige Integration eine Herausforderung.

„Im Frühjahr und im Sommer 2014 retteten die Bataillone der freiwilligen Kämpfer die Unabhängigkeit der Ukraine,“ berichtete [Andrij Parubij](#), der Präsident des ukrainischen Parlaments, der Rada, den Abgeordneten im Januar 2017. Damals sagte Verteidigungsminister Stepan Poltorak, [40.000 der im Osten des Landes kämpfenden Männer](#) seien Freiwillige, die sich vertraglich zum Einsatz verpflichtet hatten, ohne in die Armee integriert worden zu sein.

Konservativen Schätzungen zufolge lag die Zahl der freiwilligen Kämpfer in der Ostukraine bei 15.000, verteilt auf bis zu fünfzig Militäreinheiten — unter ihnen die berühmten [Azow-, Donbass-, Dnipro- und Tornado-Einheiten](#) — von denen viele in Zusammenhang mit den Euromaidan-Protesten in Erscheinung traten. Für diese bewaffneten Gruppen erfanden die russischen Medien [besonders abschätzig Beinamen](#) (wie „die Strafbaren“, „kleine Nazis“ oder „Neo-Nazis“).

Die Regierung berichtet, der schwierige Prozess der Ausbildung dieser Freiwilligen zu Berufssoldaten sei fast abgeschlossen. Doch das ist schwer zu überprüfen. Ein [Kommentator schrieb](#), immerhin könnten die Einheiten der Freiwilligen „nicht länger als unabhängige Kämpfer verwendet werden, die von einzelnen Politikern benutzt werden könnten, um die Macht zu ergreifen“. Aber kleinere Gefahren bestehen weiter, so z. B. das Risiko, dass Industriemagnaten die Freiwilligen als kleine Privatarmee nutzen könnten, um Streitigkeiten mit anderen Unternehmen auszutragen und die Vermögenswerte ihrer Rivalen in ihren Besitz zu bringen. Gleichzeitig scheut die Regierung vor allem zurück, was ihren Kampf gegen die von Russland unterstützten

Aufständischen gefährden könnten, und die Freiwilligen können immer noch auf warme Unterstützung durch die Öffentlichkeit zählen.

Seit die heftigsten Kämpfe vorbei sind, ist es den verschiedenen Freiwilligenmilizen sehr [unterschiedlich ergangen](#). Das angesehene Azow-Regiment (ursprünglich ein Bataillon), das bei der Rückeroberung von Mariupol im Juni 2014 eine Schlüsselrolle spielte, gilt als Beispiel erfolgreicher Integration. Das Regiment wurde in das Innenministerium integriert und sein Kommandant, Andrij Biletski, ist heute Parlamentsabgeordneter.

Das wichtigste Beispiel für eine Miliz, die nicht integriert werden konnte, ist das Freiwillige Ukrainische Korps des Rechten Sektors (DUK PS). Diese berüchtigte Einheit profilierte sich während des Euromaidan-Aufstands und ist bekannt für ihre extrem nationalistischen Ansichten. Eine verlässliche Quelle berichtete 2016, die DUK PS habe sich kategorisch geweigert, in den Streitkräften aufzugehen. Eine interne Spaltung führte dazu, dass sich zahlreiche Mitglieder unter ihrem Anführer Dmitro Jarosch — jetzt Parlamentsabgeordneter — von der DUK PS lossagten, um die [Freiwillige Ukrainische Armee](#) zu gründen, die sich ihre Eigenständigkeit faktisch bis heute bewahrt hat. Berichten zufolge hat sich die DUK PS ein hohes Maß an Disziplin bewahrt und [stimmt sich im Kampfgebiet mit dem militärischen Oberbefehl](#) ab. Doch im Grunde steht sie weiterhin außerhalb des Rechts und kann politische Stärke zeigen. Das kann so aussehen wie beim Einsatz von freiwilligen Kämpfern bei der Wirtschaftsblockade im Donbass 2017, die als inoffizieller Prozess begann und erst später von der Regierung autorisiert wurde.

Von anderen freiwilligen Kämpfern nimmt man an, dass sie in die Kriminalität abgerutscht sind. „Auf der einen Seite sind sie hochgeehrte Veteranen, die das Vaterland gerettet haben, und auf der anderen Seite verstoßen sie gegen das Gesetz, schaden der nationalen Wirtschaft in Kriegszeiten und bilden Anziehungspunkte für Abenteurer und Banditen“, heißt es in einem Bericht. In der Ukraine sind heute bis zu [fünf Millionen illegale Kleinwaffen](#) im Umlauf (vor dem Krieg waren es schätzungsweise drei Millionen), und so muss dieser Trend zur Kriminalität Anlass zur Sorge geben.

Dass einige der Einheiten, die noch im Kampfgebiet in der Ostukraine im Einsatz sind, keinen klaren Rechtsstatus haben, verschärft ein weiteres Problem: Berichten zufolge häufen sich Menschenrechtsverletzungen in dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet.

Die Militäroperation in der Ostukraine wird seit 2014 offiziell als Antiterror-Operation bezeichnet, so dass die ukrainischen Behörden das Wort „Krieg“ vermeiden konnten und leichter Zugang zu Darlehen des Internationalen Währungsfonds erhielten. Dies bedeutet, dass die Sicherheitsdienste und nicht das Oberkommando des Militärs die rechtliche Verantwortung für die Operation tragen.

Zwar werden die schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen den Berichten zufolge in den Gebieten begangen, die nicht von der Regierung, sondern von den sogenannten Volksrepubliken – Donezk und Lugansk – kontrolliert werden. Doch auch in Gebieten unter Kontrolle der Regierung

wurde viele Übergriffe registriert. [Human Rights Watch](#) hat dokumentiert, dass sowohl die von Russland unterstützten Separatisten als auch die ukrainischen Regierungsbehörden Zivilisten willkürlich festgenommen und lange inhaftiert haben, und dass „die meisten dieser Häftlinge gefoltert wurden oder andere Formen von Misshandlung erlitten“. Das Amt des UN-Hochkommissars für Menschenrechte berichtete im Juni 2016, dass „erzwungenes Verschwinden, willkürliche Inhaftierung, Folter und Misshandlungen tief verwurzelte Praktiken“ seien, und zwar sowohl in den von Milizen als auch in den von der Regierung kontrollierten Gebieten. In der Anfangszeit des Konflikts seien die meisten dieser Misshandlungen den Mitgliedern der freiwilligen Bataillone zugeschrieben worden, aber jüngst werde vor allem der ukrainische Sicherheitsdienst SBU beschuldigt, in solche Vorfälle verwickelt zu sein.

Der Mangel an parlamentarischer Kontrolle über den sogenannten Antiterror-Einsatz erschwert es, Täter zur Verantwortung zu ziehen, die in Gebieten unter Kontrolle der Regierung Verbrechen begangen haben sollen. Dies änderte sich zwar mit der Verabschiedung des [Gesetzes Nr. 7163](#) über die Wiedereingliederung der Region Donbass, doch Menschenrechtler bemängeln, dass dasselbe Gesetz auch die Macht des Präsidenten gegenüber dem Parlament stärkt.

AUFSICHT UND TRANSPARENZ

Alle, die die Ukraine zu einer echten Reform des Sicherheitssektors drängen, klagen immer wieder über die unzureichende zivile Kontrolle über die Armee und die Sicherheitsdienste. In Sowjetzeiten wurden Führungspositionen im Verteidigungsministerium mit Berufsoffizieren besetzt, und die Ukraine hat diese Tradition weitgehend übernommen. Der jetzige Verteidigungsminister Stepan Poltorak war bis zu seiner Ernennung im Oktober 2014 Befehlshaber der Nationalgarde. „Das Fehlen eines Kadres von Zivilisten im Verteidigungsministerium ist aus Sicht der demokratischen Kontrolle des Verteidigungssektors hochproblematisch. Es macht es theoretisch wahrscheinlicher, dass das Verteidigungsministerium bei der Problemlösung einen militärischen statt eines politischen Lösungsansatzes wählt“, argumentiert die Forschungseinrichtung Swedish Defense Research in einem Bericht von 2015.

Als Teil der [bis 2020 umzusetzenden Reformen](#) hat sich die ukrainische Führung verpflichtet, noch in diesem Jahr einen Zivilisten als Verteidigungsminister zu ernennen. Andere Schlüsselpositionen im Verteidigungsministerium sollen ebenfalls mit Zivilisten besetzt werden. Auch das über fünf Jahre laufende [US-Ukraine Partnerkonzept](#) sieht eine zivile Kontrolle über das Militär vor.

Besonders dringend ist die Verbesserung der Aufsicht, wenn es um die Kontrolle des rapide wachsenden Verteidigungs- und Sicherheitsbudgets geht, das von 2,7 Mrd. USD im Jahr 2013 [auf 6 Mrd. USD](#) (mehr als sechs Prozent des BIPs der Ukraine) im Jahr 2018 steigen soll.

[Transparency International](#), eine Nichtregierungsorganisation, die sich dem Kampf gegen die Korruption verschrieben hat, beschreibt die zivile Kontrolle, auch die durch parlamentarische

Ausschüsse der Rada, als „schwach“. Weder der Staatliche Verteidigungsbefehl, der jedes Jahr für das Beschaffungswesen erlassen wird, noch die Prioritären-Richtlinien, in denen der Bedarf an Beschaffungen für den Sicherheitssektor aufgeführt sind, unterliegen der parlamentarischen Aufsicht. Doch die parlamentarische Kontrolle allein würde auch noch nicht ausreichen, weil manche Abgeordnete des Verteidigungsausschusses im ukrainischen Parlaments im Verdacht der Korruption stehen. Die Öffentlichkeit wird sich nur dann von der Effektivität der Verteidigungsausgaben überzeugen lassen, wenn die internationale Gebergemeinschaft und die NROs die die Zahlen überprüfen dürfen.

UMSTRUKTURIERUNG EINES MONSTERS

Besonders alarmierend ist der Mangel an externer Kontrolle und Transparenz im Beschaffungswesen für das ukrainische Militär. Wie in einer [RAND-Studie](#) beschrieben, „begünstigt das System von Ausschüssen für Ausschreibungen, dem keine Beschaffungsexperten angehören, Korruption und Unwirtschaftlichkeit. Einzelpersonen mit Verbindungen zur Rüstungsindustrie können die Vertragsvergabe beeinflussen und bestimmte Lieferanten begünstigen, ohne für die Entscheidung Verantwortung übernehmen zu müssen.“

Das Problem wird dadurch verschärft, dass ein einziges staatliches Konglomerat, Ukroboronprom — das auch als „[Monster](#)“ oder „[Parasit](#)“ bezeichnet wird — in der ukrainischen Rüstungsindustrie de facto eine Monopolstellung innehat. Der Unabhängige Antikorruptionsausschuss (NAKO) wurde 2016 von Transparency International als unabhängige Einrichtung der Korruptionsbekämpfung gegründet, um den ukrainischen Sicherheitssektor zu überwachen. Er [erklärte im Dezember 2017](#), er werde die Zusammenarbeit mit Ukroboronprom einstellen „aufgrund der Unfähigkeit der Regierung und der Präsidentialverwaltung Fortschritte, bei der Einrichtung eines unabhängigen Aufsichtsrats zu erzielen“.

Ukroboronprom wurde 2010 gegründet und ist heute ein [Konglomerat von 130 Unternehmen](#) mit einer Belegschaft von insgesamt 80.000 Mitarbeitern. Es umfasst fast die gesamte Rüstungsindustrie der Ukraine mit so unterschiedlichen Sektoren wie der Produktion von Munition, Elektronik, Fahrzeugen, Artillerie, Panzern, Flugzeugen, Schiffen und Raketen. Über den Etat von Ukroboronprom gibt es kaum Angaben. Angeblich lag der Umsatz 2016 insgesamt [etwas über 1 Mrd. USD](#).

Nach dem Sturz von Janukowytsch 2014 wurde Roman Romanow, eine politisch umstrittene Persönlichkeit, mit der Leitung von Ukroboronprom beauftragt. Es hieß, unter Romanow unterhalte Ukroboronprom enge Verbindungen zu Sergej Paschinski, dem Leiter des Ausschusses für Nationale Sicherheit- und Verteidigung im ukrainischen Parlament. Der Rüstungskonzern gilt als „[die Milchkuh von Paschinski und seiner Partei, der Volksfront](#)“ (die Volksfront gehört der Regierungskoalition an). [Andere Beobachter](#) sagen auch, dass Ukroboronprom „enge Beziehungen zum Präsidenten des Landes“ unterhalte. Im Dezember 2017 forderte Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman den Rücktritt von Romanow, da er Löhne der Belegschaft nicht bezahlt habe.

Poroschenko entließ Romanow schließlich am 12. Februar 2018; eigenen Angaben zufolge hatte dieser zuvor seinen Rücktritt eingereicht.

[Timothy Evans](#), Generalleutnant im Ruhestand und eines von drei internationalen Mitgliedern von NAKO, bezeichnet Ukroboronprom als „Enigma“. Er erhebt den Vorwurf, dass „Untersuchungen darauf hindeuten, dass das Verteidigungsministerium seinen Bedarf nicht auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse erstellt, sondern von der Fähigkeit Ukroboronproms zur Herstellung bestimmter Artikel abhängig macht - was genau das Gegenteil dessen ist, was eigentlich geschehen sollte.“

Ukroboronprom musste sich wiederholt wegen Korruption verantworten. Die stark angefeindete Antikorruptionskommission der Ukraine verfasste 2017 einen Bericht, der an [Foreign Policy](#) weitergeleitet wurde und behauptet, Mitarbeiter von Ukroboronprom hätten Gelder aus einem 39-Millionen-USD-Vertrag entfremdet, um Ersatzteile für die Antonov AN-32 an das irakische Verteidigungsministerium zu liefern. Ein anderer Fall betrifft ein Unternehmen Poroschenkos, das sich zu einem offiziellen Dementi gezwungen sah, nachdem berichtet worden war, es habe 2017 [vier gepanzerte Fahrzeuge](#) 2015 zu überhöhten Preisen an die Grenzschutzpolizei geliefert.

Experten haben verschiedene Reformvorschläge für Ukroboronprom gemacht, einschließlich der Privatisierung und der Ernennung eines unabhängigen Vorstands. Andere, wie etwa der ehemalige stellvertretende US-Staatssekretär Michael Carpenter, halten radikalere Veränderungen für notwendig und plädieren dafür, die Unternehmen des Konglomerats [umzustrukturieren und abzuspalten](#).

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE WESTLICHEN GELDGEBER

Wenn es darum geht, die Militärreform voranzubringen, spielen die westlichen Partner der Ukraine eine Schlüsselrolle. Beobachtern zufolge ist die höhere Professionalität zum Großteil den Schulungen durch Ausbilder aus den USA, Großbritannien, Kanada und anderen westlichen Ländern zu verdanken.

Weitere Schulungen durch diese Partner sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation im Rahmen des Reformprozesses. Die Experten sind sich einig, dass vor allem die oberen Ränge der Streitkräfte Ausbildungshilfe brauchen. Nur so sei es möglich, eine Neugestaltung der strategischen, operativen und taktischen Kapazitäten des ukrainischen Militärs zu erreichen.

Im nächsten Schritt denken die westlichen Partnern darüber nach, wie sie helfen können, die Fähigkeit der Ukraine zur Selbstverteidigung zu stärken. Erforderlich ist dies insbesondere in den Bereichen Führung, Kommunikation, Computer, Nachrichtendienst, Überwachung und Aufklärung, elektronische Kriegsführung, Drohnenabwehrsysteme, Geschützabwehr und Panzerabwehrwaffen, um vor einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abzuschrecken.

Der Bedarf an Unterstützung für die Verteidigung muss im Gesamtrahmen der Hilfeleistungen für den Reformprozess in der Ukraine betrachtet werden. Die Vereinigten Staaten sind der größte Geber militärischer Hilfe. Sie haben der Ukraine im Rahmen des National Defense Authorization Act 2017 (NDAA - Genehmigungsgesetz zur nationalen Verteidigung) ein großes [Hilfspaket im Wert von bis zu 350 Mio. USD zugesagt](#). Allerdings [wurden die Zahlungen zunächst auf 175 Mio. USD beschränkt](#), bis die Außen- und Verteidigungsminister durch entsprechende Zertifizierungen nachweisen, dass die Ukraine „wesentliche Handlungen eingeleitet hat, um institutionelle Reformen im Bereich der Verteidigung zu verwirklichen“. Zu den geforderten Reformen gehören die in diesem Artikel genannten Maßnahmen, einschließlich der zivilen Kontrolle des Militärs, einer größeren Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Beschaffungspolitik und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.

[Gemäß Transparency International](#) „könnte das NDAA, wenn es gut umgesetzt wird, als Druckmittel eingesetzt werden, um die ukrainische Militärführung dazu zu zwingen, schwierige systemische Reformen durchzusetzen, welche die Steuerung des Verteidigungssektors erheblich verbessern könnten.“ Es gibt aber auch Gründe daran zu zweifeln, dass eine solche Konditionalität zu den gewünschten Ergebnissen führen wird. Für den Entscheidungsprozess steht nur wenig Zeit zur Verfügung, und das US-Verteidigungsministerium scheut seit jeher davor zurück, bereits zugesagte Mittel einzubehalten. Vor allem aber ist der politische Druck in Washington groß, Kiew im Konflikt mit Moskau zur Seite zu stehen, komme da was wolle.

Dieses drängende politische Dilemma überschattet die Frage, wie das ukrainische Verteidigungswesen reformiert werden kann. Ebenso wie in anderen Bereichen, in denen Reformen dringend nötig sind, ist die einzige sichere Erfolgsgarantie, dass sich die ukrainische Gesellschaft selbst mit aller Kraft für Veränderungen einsetzt.

Walerij Akimenko hat fünfundzwanzig Jahre lang mit BBC Monitoring zusammengearbeitet. Er berichtete zunächst über die Ukraine und dann über Russland und spezialisierte sich dabei auf Militär- und Sicherheitsfragen.

Der Autor bedankt sich bei Keir Giles für dessen wertvolle Anmerkungen zum Entwurf dieses Artikels. Ein besonderer Dank gilt Thomas de Waal, der während des gesamten Prozesses des Schreibens zahlreiche wichtige Ideen beigesteuert hat.

ANMERKUNGEN

¹ Internationales Institut für Strategische Studien, *The Military Balance 2016* (Die militärischen Kräfteverhältnisse) (London: Internationales Institut für Strategische Studien, 9. Februar 2016).

² E-Mail Korrespondenz mit Oleksandr Daniliuk (Leiter des ukrainischen Zentrums für Verteidigungsreformen), 6. Dezember 2017.